

# VIERPUNKTNUL

Südwest Merkur, Ausgabe November 2018

Freie  
Demokraten

Baden-  
Württemberg **FDP**

FDP/DVP Fraktion  
IM LANDTAG BADEN-WÜRTTEMBERG

## Kandidaten zur Europawahl 2019 gewählt

Europarunden und Landesvertreterversammlung

## Im Duo für Europa – neue deutsch-französische Impulse für die EU

Von Michael Link MdB und Sylvain Waserman

## Die FDP Baden-Württemberg in den Sozialen Netzwerken

Diskutieren Sie mit auf Facebook, Twitter, Instagram

## Diesel-Verbotshysterie und kein Ende

FDP/DVP Fraktion gegen Fahrverbote

## Digitale Versorgung: Fehlanzeige

FDP/DVP Fraktion fordert Digitalpakt

# Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

Von Judith Skudelny, Generalsekretärin

auf der Landesvertreterversammlung in Schwäbisch Gmünd haben wir am 20. Oktober unsere Landesliste für die Europawahl 2019 gewählt. In einem offenen und transparenten Verfahren haben sich Andreas Glück und Nicole Büttner-Thiel auf den Plätzen eins und zwei bei den Delegierten durchgesetzt und führen die baden-württembergische Liste an. Ich gratuliere ihnen ganz herzlich zur Wahl und freue mich schon heute auf einen erfolgreichen Wahlkampf! Vielen Dank auch an Alexander Kohl und Dr. Rolf Steltemeier, die sich dem Verfahren gestellt und sich ebenfalls um die Spitzenkandidatur beworben haben. Sie bereichern zusammen mit vielen anderen wunderbaren Kandidatinnen und Kandidaten aus dem ganzen Land unsere Liste. Die Freien Demokraten haben sich in Schwäbisch Gmünd welt-offen, proeuropäisch und bürgernah präsentiert. Auf diese Landesliste können wir stolz sein und ich bin mir sicher, dass wir damit auch im Januar auf der Bundesliste punkten können.

In unseren Kreis- und Ortsverbänden laufen die Vorbereitungen für das Wahljahr 2019 schon jetzt ebenfalls auf Hochtouren. Überall werden tolle Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl gewählt, Wahllisten aufgestellt und richtungsweisende Programme erarbeitet. Im ganzen Land werden wir mit starken Persönlichkeiten um die Stimmen der Menschen werben. Für diesen Einsatz bin ich unseren Mitgliedern sehr dankbar. Als Partei sind wir schließlich nur so stark, wie unsere Basis uns macht. Ich bin davon überzeugt, dass die Freien Demokraten bei den Kommunal- und Europawahlen 2019 dank des großen Einsatzes unserer Teams vor Ort das Vertrauen der Wählerinnen und Wählern gewinnen können.

Um erfolgreich zu sein, sind viel Sachverstand und Kreativität, sind neue Ideen und Wege gefragt. Ob wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Belange; ob der Bau von Kindergärten und Schulen, von Wohnungen und Straßen – die diskutierten Themen und Probleme sind unmittelbar sicht- und spürbar für die Bewohnerinnen und Bewohner. Genau das macht Kommunalpolitik so spannend. Informieren Sie sich,



mischen Sie mit. Es lohnt sich, Ihre Gemeinde, Ihre Stadt nach vorne zu bringen.

Wir Freie Demokraten verfügen über die Fähigkeit, Kommunalpolitik neu zu denken und umfassende Antworten zu geben. Dabei vergessen wir aber nie unsere liberalen Grundtugenden. Wir wissen, dass Anreize wirksamer sind als Deckelungen oder gar Verbote. Wir sind offen und tolerant. Wir vertrauen darauf, dass Freiheit und Eigenverantwortung Zukunftschancen ermöglichen. Und wir haben klare Prinzipien in Wirtschaftsfragen. Für diese Grundüberzeugungen stehen wir auch bei den Kommunalwahlen 2019 ein.

So bleiben wir glaubwürdig, so schaffen wir Vertrauen, so gewinnen wir Wählerinnen und Wähler. Lassen Sie uns offensiv für unsere Ziele werben. Wir werden geschlossen auftreten und um jede Stimme ringen. Treten Sie ein für die Sache der Freiheit, damit das liberale Lebensgefühl auch in ihrer Heimat repräsentiert wird. Wir haben es in der Hand!

Herzlichst

Ihre

Judith Skudelny

# Europarunden – Europaparteitag - Europawahl

## Die Freien Demokraten Baden-Württemberg wählen Spitzenkandidaten



Nächstes Jahr finden wichtige Wahlen statt. Dabei werden die wichtigsten Ebenen der politischen Entscheidungsfindung neu besetzt – die am nächsten am Bürger liegende Ebene mit den **Kommunalwahlen** und die supranationale Ebene mit der **Wahl zum Europäischen Parlament**.

Gerade wir als Freie Demokraten wissen um die wichtigen Entscheidungen, die in Brüssel und Straßburg getroffen werden. Nicht nur die Staats- und Regierungschefs, die wir zum Beispiel in Deutschland mittelbar durch die Bundestagswahlen mitbestimmen, spielen eine Rolle, sondern auch die direkt von den Europäern gewählten Europaabgeordneten. Gerade in Zeiten von ungelösten Herausforderungen wie der Flüchtlings- und Migrationskrise, des Klimawandels, der Bedrohung des freien Welthandels, der Energiesicherheit oder des Wandels der Arbeitswelt durch die Digitalisierung, spielen **EUROPA** und die Europäischen Institutionen eine entscheidende Rolle.

Im Vorfeld unserer Landesvertreterversammlung hatten wir als FDP Baden-Württemberg den Luxus,

gleich **vier Bewerber** für den Spitzenplatz auf unserer Landesliste zu haben.

In drei **EUROPARUNDEN** konnten Mitglieder und interessierte Bürger bereits vorab Fragen an die Kandidaten stellen und sich über die Motivationen der Kandidatur informieren. Wer nicht persönlich dabei war, der konnte auch über Facebook- Live zuschauen und Fragen einreichen.

Moderiert wurden die Europarunden von Generalsekretärin Judith Skudelny. Michael Theurer, Pascal Kober, Hans-Ulrich Rülke und Michael Link waren ebenfalls mit Redebeiträgen am Start.

### LANDESVERTRETERVERSAMMLUNG

Vier Kandidaten haben sich um den wichtigen ersten Platz auf der Landesliste der FDP Baden-Württemberg beworben und einer Kampfkandidatur gestellt. Die Unternehmerin Nicole Büttner-Thiel (33), der Chirurg und Landtagsabgeordnete Andreas Glück MdL (43), der Versicherungsmakler Alexander Kohl

(51) und der Ministerialdirigent und Europabeauftragte im Bundesentwicklungsministerium Dr. Rolf Steltemeier (50). Erst in einer Stichwahl stand das Ergebnis fest. Darin setzte sich Andreas Glück mit 52,2% gegen Nicole Büttner-Thiel durch. Diese wurde in der Wahl um Listenplatz zwei gewählt.

In seiner programmatischen Rede warb der Landesvorsitzende der FDP Baden-Württemberg, Michael Theurer MdB um ein starkes, wehrhaftes Europa:

Was soll das sein, eine illiberale Demokratie? Das hat man früher Diktatur genannt, das muss einer dem Orban mal sagen!“

Michael Theurer betonte aber, dass auch bei uns in Deutschland der Rechtsstaat und die Demokratie immer wieder zur Zielscheibe extremistischer Gruppen werden. Es könne nicht sein, dass marodierende Banden Selbstjustiz und Lynchjustiz auf deutschen Straßen praktizierten: „Wenn ein Verbre-



„Für uns ist die Europawahl eine zentrale Frage weil wir für Europa sind und für die Europäische Union!“

Mit Blick nach rechts fragte Theurer: „Einige glauben vielleicht, wir könnten mit der Rückkehr zum nationalistischen Kleinstaat irgendwas in der Welt bewegen. Ich glaube es nicht. Deshalb ist die Europäische Integration die Unabhängigkeitserklärung gegen Großmächte, egal ob deren Hauptstädte Washington, Moskau oder Peking heißen.

Die Europäische Union steht auch für Rechtsstaatlichkeit. Wir sind in Sorge über die Entwicklung in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Da steht ein Victor Orban auf und sagt die pluralistische Demokratie westlicher Prägung habe keine Zukunft und wirbt für die illiberale Demokratie.

chen passiert, dann müssen die Strafverfolgungsbehörden dieses Rechtsstaates diese Verbrechen aufklären und die Täter vor ein ordentliches Gericht stellen.“ Es könne nicht sein, dass dies „irgendwelche Bürgerwehren in die Hand nehmen. Wehret den Anfängen.“ In Deutschland und Europa hätten wir inzwischen eine schwerwiegende „Vertrauenskrise in Politik, Justiz, Medien und Marktwirtschaft. Vier Säulen unserer Demokratie sind ins Wanken geraten. Lasst uns mit den Menschen dazu ins Gespräch kommen! Jetzt gilt es für unsere Demokratie zu kämpfen!“

Andreas Glück gab sich in seiner Bewerbungsrede als „Volksvertreter zum Anfassen“. Er betonte, dass Europa in vielen Bereichen Teil des Lebens sei, auch bei seiner Arbeit im baden-württembergischen

Landtag spielten Gesetze und Vorgaben aus Brüssel eine wesentliche Rolle. Glück verurteilte die gebetsmühlenartige Kritik an der EU und stellte klar, dass viele Regelungen erst in der nationalen Umsetzung zum Problem werden. „Europa ist keineswegs so schlecht wie sein Ruf. Da funktioniert mal was in der Politik, und dann klopfen sich die Politiker auf die Schulter und wenn mal etwas nicht so populär ist, dann zeigt man gleich mit dem Finger auf die EU.“

Als Beispiel nannte er unter anderem die Aufstellung von Messstationen zur Messung von Stickoxiden im Straßenverkehr. Ebenfalls sprach sich Glück für eine Energiepolitik aus, die die Stärken der unterschiedlichen Länder und Regionen besser berücksichtigt. Der Klimaschutz sei ein globales Thema, das letztlich auch nur global geregelt und gelöst werden könne. Ebenfalls müsse Europa beim Asyl- und Flüchtlingsthema stärker zusammenrücken und mit einer Stimme sprechen.

„Und dann gibt es aber auch die andere Seite der EU. Es gibt das Europa, das sich tatsächlich verbessern muss. Wir wollen doch kein Europa des Klein-Klein. Wir Liberale glauben doch ohnehin, dass die Bür-



gerinnen und Bürger mündig genug sind um entscheiden zu können, welche Glühbirne oder welchen Staubsauger oder welchen Kühlschrank wir zuhause haben wollen. Nein, Europa muss sich um die großen Dinge kümmern“, so Glück.

Die Zweitplatzierte Nicole Büttner-Thiel betonte in ihrer Vorstellungsrede die Notwendigkeit von Innovationen und einer Wachstumsagenda in Europa. Ebenfalls forderte Sie mehr Mut bei gemeinsamen

Projekten mit gleichgesinnten europäischen Partnern: „Wenn uns Macron die Hand reicht für eine gemeinsame Verteidigungs- oder Wachstumspolitik, dann müssen wir diese Hand ergreifen. Machen wir das, was Angela Merkel nicht gelingt.“

Auf Platz drei wurde Prof. Dr. Stephan Seiter gewählt (Kreisverband Rems-Murr). Auf Platz vier wurde Valentin Christian Abel gewählt (Kreisverband Hohenlohe). Auf Platz fünf wurde Maximilian Mayer gewählt. (Kreisverband Stuttgart)



# Unser Spitzenteam zur Europawahl 2019



Platz 4:  
Valentin Abel

Platz 3:  
Prof. Dr. Stephan Seiler

Spitzenkandidat:  
Andreas Glöck-Mdl

Platz 2:  
Nicole Büttner-Thiel

Platz 5:  
Maximilian Mayer

Von Michael Theurer MdB

## Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

Mit dem Jahresgutachten der Wirtschaftsweisen wird der politische Handlungsdruck überdeutlich: Wenn wir auch in Zukunft noch in Wohlstand leben wollen, müssen wir jetzt endlich **die Weichen richtig stellen**. Seit einem Jahr kämpfen die Freien Demokraten auch **im Deutschen Bundestag** wieder für Trendwenden. Baden-Württemberg hat hierzu mit dem zweitbesten Ergebnis aller Landesverbände und 12,7% in erheblichem Maße beigetragen. Als Spitzenkandidat und Landesvorsitzender bin ich auch heute noch stolz auf diese herausragende Teamleistung. Denn wir dürfen nicht vergessen, wo wir herkommen: Im Dezember 2013 standen wir im Land bei 3% und waren bundesweit nicht mehr messbar. Doch wir haben uns zurückgekämpft: 2014 haben wir uns gerade in Baden-Württemberg bei der Kommunal- und Europawahl behauptet, 2016 war unsere Landtagswahl der Motor der Länderwende. Hier wurden wir zum **Glaubwürdigkeitsanker** der Bundespartei und zeigten, dass **wir lieber nicht regieren als falsch zu regieren**. Wir stehen nach der Wahl zu dem, was wir vor der Wahl gesagt haben. Deswegen war es letzten Herbst auch richtig, nicht in eine Jamaika-Koalition einzutreten. Trotz des medialen Echos konnten wir uns in den Umfragewerten zwischen 7 und 11% stabilisieren.

Natürlich ist die Frage berechtigt, wie die Freien Demokraten stärker von der Schwäche der schwind-süchtigen Großen Koalition profitieren können. Doch auch hier stehen unsere **Inhalte** an erster Stelle: Wachstum darf nicht zu Lasten des klaren liberalen Profils gehen. **Wir sind weltoffen, proeuropäisch, marktwirtschaftlich und rechtsstaatlich!** Der Blick geht dabei natürlich nach vorn, zu den **Europa- und Kommunalwahlen 2019**. Das wird für das Land zentral sein: Deutschland steht vor großen Herausforderungen, die nur **gemeinsam** mit unseren europäischen Partnern bewältigt werden können. Dabei liegt die Europäische Integration im nationalen Interesse Deutschlands. **Wir werden konsequent für Reformen und Fortschritt eintreten**. Europa soll dort gestärkt werden, wo es einen **Mehrwert** bietet. Wir wollen einen Fokus auf wirtschaftliche **Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstandswachstum**. Dafür sollten auch Leuchtturmprojekte wie ein **digitaler Airbus** angegangen werden - insgesamt muss aber vor



allem der Binnenmarkt vollendet werden, beispielsweise durch einen gemeinsamen digitalen Markt und einen gemeinsamen Energiemarkt. Die europäischen Außengrenzen müssen mit einem **gemeinsamen Grenzschutz** einschließlich Küstenwache besser geschützt werden. Auch Macrons Vorstoß für eine **Verteidigungsgemeinschaft** sollten wir positiv begegnen. Reisefreiheit macht gemeinsame Ansätze für die Verbrechensbekämpfung, insbesondere bei Banden-kriminalität oder Terrorismus, notwendig. Wo Europa keinen Mehrwert bietet oder Fehlanreize setzt, wollen wir unsere Stimme gegen die Vergemeinschaftung und für die **Subsidiarität** erheben - die gemeinsame Spareinlagensicherung ist so ein Fall.

Bei den **Kommunalwahlen** werden wir unsere **Bürger-nähe** demonstrieren: Nirgends ist sind die Freien Demokraten so gut kommunal verankert wie in Baden-Württemberg. Ob Integration oder Digitalisierung - **Politik fängt vor Ort an**. Ich möchte alle Mitglieder dazu aufrufen, sich als Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinderats-, Kreistags- und Regionalwahlen aufstellen zu lassen. Hier kann man gerade als junger Mensch viel für seine Mitbürger bewegen und großartige Erfahrungen der Selbstwirksamkeit sammeln. **Wir brauchen Ihr Engagement! Jetzt ist der Zeitpunkt, dass sich langjährige und neue Mitglieder aktiv einbringen!** Für Fragen und Anregungen stehe ich auch ganz persönlich zur Verfügung. Schreiben Sie mir doch eine Mail: [Michael.Theurer@Bundestag.de](mailto:Michael.Theurer@Bundestag.de)

Ihr

Michael Theurer

# Initiativen, Anträge, Beschlüsse

## Die Arbeit der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

1 Jahr Freie Demokraten im Bundestag:



### Antrag zu Stickoxid-Grenzwert und Messverfahren auf den Prüfstand

Durch Fahrverbote werden Besitzer von Dieselfahrzeugen doppelt bestraft: Zum einen werden sie in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, zum anderen sind sie von einem erheblichen Wertverlust ihrer Fahrzeuge betroffen. Auch der Umwelt ist nicht geholfen: Mit Fahrverboten geht ein noch nicht näher untersuchter Umwegsverkehr einher, der je nach Ausgestaltung vor Ort den Gesamtausstoß von Stickstoffoxiden (NO<sub>x</sub>) und Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) durch den Straßenverkehr insgesamt erheblich erhöhen könnte. Zudem werden mit diesen Verboten gar nicht unbedingt die größten Emittenten getroffen. In den meisten Fällen dürften zunächst insbesondere Euro 4-Diesel von Fahrverboten betroffen sein, die zu einem großen Teil sogar einen geringeren NO<sub>x</sub>-Ausstoß aufweisen als Euro 5-Diesel. Andere große Emittenten wie Busse, LKW oder auch Schiffsdiesel sind gar nicht betroffen. Aufgrund dieser massiven Eingriffe in den Individualverkehr und der damit einhergehenden Schäden für die einzelnen Bürger und die Volkswirtschaft insgesamt ist die Verhältnismäßigkeit der Rechtsgrundlagen für Fahrverbote, insbesondere der Grenzwerte und Messverfahren, zu überprüfen. Dabei ist dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung ausreichend Rechnung zu tragen. Wir

fordern die Bundesregierung daher unter anderem auf, auf europäischer Ebene auf ein Moratorium zur Aussetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinie hinzuwirken, für eine bundes- und europaweite Vergleichbarkeit der Standortwahl von Probenahmestellen zu sorgen, wobei der Spielraum, den die Luftqualitätsrichtlinie zulässt, so weit wie möglich auszureizen ist und den Jahresmittelgrenzwert von 40 µg/m<sup>3</sup> für NO<sub>2</sub> auf seine Verhältnismäßigkeit zu überprüfen.

### Antrag zu Deutschland braucht ein Einwanderungsrecht aus einem Guss – Eckpunkte eines Einwanderungsgesetzbuches

Deutschland ist das Ziel vieler Einwanderer. Aber Deutschland folgt nicht dem Leitbild eines Einwanderungslandes. Denn alle klassischen Einwanderungsländer bringen klar zum Ausdruck, wen sie sich als Einwanderer wünschen und wen nicht. Dieser Wunsch darf kein Resultat von Willkür oder Vorurteilen sein. Er muss sich in nachvollziehbaren Kriterien ausdrücken, die sich an den objektiven Interessen Deutschlands orientieren. Statt diese Kriterien zu formulieren und in ein Einwanderungsrecht zu überführen, schiebt die deutsche Politik diese Aufgabe seit Jahrzehnten vor sich her. Daher entwickelt sich das deutsche Migrationsrecht reaktiv und planlos. Die Folgen sind mitunter absurd: Gut integrierte Familien, die von eigener Hände Arbeit leben, rechtstreu sind und Deutsch sprechen, werden abgeschoben. Islamistische Gefährder dagegen werden mitunter auf Kosten des Steuerzahlers nach Deutschland zurückgeführt. Dieser Zustand ist inakzeptabel und muss beendet werden.

Wir wollen deshalb ein Einwanderungsrecht aus einem Guss schaffen und somit:

- konsequenten Flüchtlingsschutz gewährleisten
- Migration und Integration transparent und verbindlich regeln
- qualifizierte Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt erleichtern
- Spurwechsel ermöglichen

- ein integrationspolitisches Leitbild festlegen
- gemeinsames europäisches Asylsystem reformieren.

### Antrag zur Aufhebung des Solidaritätszuschlaggesetzes 1995 zum 1. Januar 2020

Das unbefristete Solidaritätszuschlaggesetz 1995 wurde mit der Begründung erlassen, dass dieses zur Finanzierung der Vollendung der Einheit als „finanzielles Opfer“ unausweichlich und mittelfristig zu überprüfen sei. Der zur Vollendung der deutschen Einheit aufgelegte Solidarpakt II läuft 2019 aus, so dass auch die Legitimation des Solidaritätszuschlaggesetzes spätestens zu diesem Zeitpunkt wegfällt. Wir fordern deshalb die ersatzlose Abschaffung des Solidaritätszuschlags zum 1.1.2020.

Die Politik hat den Menschen in Deutschland zugesagt, den Solidaritätszuschlag nur vorübergehend zu erheben, um die Kraftanstrengung Deutsche Einheit zu bewältigen. Wer den Soli über das Jahr 2020 hinaus erheben will, bricht ein zentrales Versprechen der Politik an die Menschen im vereinigten Deutschland, beschädigt das Vertrauen in die Verlässlichkeit von demokratischer Politik insgesamt, beschädigt das politische Erbe der Politikergeneration von Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl, ohne die die Deutsche Einheit kaum möglich gewesen wäre, und schadet der politischen und demokratischen Kultur unseres Landes.

### Gesetzentwurf zur Dynamisierung der Verdienstgrenzen der geringfügigen Beschäftigung

Die durchschnittlichen Löhne und Gehälter in Deutschland sind in den letzten fünf Jahren kontinuierlich gestiegen. Auch der 2015 eingeführte allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro/ Stunde steigt zum 01.01.2019 auf ein Niveau von 9,19 Euro/ Stunde und auf 9,35 Euro/ Stunde zum 1. Januar 2020. Die Höchstgrenzen für geringfügig entlohnte Beschäftigung (sog. Minijobs) und Beschäftigung in der Gleitzone (sog. Midi-Jobs) sind hingegen seit der letzten Anpassung im Jahr 2013 unverändert geblieben. Dieser Umstand führt dazu, dass Personen, die einer geringfügigen Beschäftigung oder einer Beschäftigung in der Gleitzone nachgehen, mit jeder Anpassung weniger Stunden arbeiten dürfen und damit nicht von den Erhöhungen des allgemeinen Mindestlohns oder der Lohnentwicklung im Allgemeinen profitieren können. Die

bisher starr und unflexibel ausgestalteten Verdienstgrenzen bei geringfügiger Beschäftigung oder Beschäftigung in der Gleitzone sollen deshalb dynamisiert werden. Sowohl die Verdienstgrenze bei geringfügiger Beschäftigung als auch bei Beschäftigung in der Gleitzone sollen an die Entwicklung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns gekoppelt werden.

### Antrag zu Fahrverbote verhindern - Rechtsrahmen zur Hardware-Nachrüstung schaffen und Fonds zur freiwilligen Umrüstung von EURO-5 Diesel-Kfz auflegen

Die Bundesregierung muss endlich handeln und Fahrverbote wirklich verhindern, anstatt immer wieder nur zu erklären, dass man sie nicht wolle. Berufspendler, Handwerker und die Bürger, die auf ihr Auto angewiesen sind, dürfen nicht weiter in Unsicherheit gelassen werden. Es darf weder zu einer Diskriminierung, noch zu einer finanziellen Überforderung einzelner Bürger kommen.

Die Bundesregierung muss sofort bei der Europäischen Union ein Moratorium bis 2020 zur Aussetzung der Anwendung der EU-Luftqualitätsrichtlinie 2008/50/EG erwirken. So können Klagen hierzulande wegen zu hoher NOx-Belastungen die juristische Grundlage entzogen werden. Darüber hinaus muss die Bundesregierung im Rahmen des sogenannten Fitnesscheck der EU-Luftqualitätsrichtlinie die Grenzwerte und die Messverfahren einer generellen Überprüfung unterziehen. Die Auswirkungen der Richtlinie müssen auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüft werden.

Sollte ein Moratorium und der Fitnesscheck der Bundesregierung bei der EU scheitern, muss die Bundesregierung für eine Mobilitätsgarantie der von Fahrverboten betroffenen Dieselhalter sorgen und als letztes Mittel eine Nachrüstung der Abgasreinigungssysteme betroffener Fahrzeuge mit wirksamen Katalysatoren, etwas auf Harnstoff-basis, ins Auge fassen.

### Antrag zu Änderungen des Grundgesetzes zur Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer

Die Wohneigentumsquote in Deutschland ist im OECD-Vergleich sehr niedrig. Besonders für junge Familien ist die Finanzierung des Immobilien-

erwerbs trotz niedriger Zinsen nicht leichter geworden. Der Staat hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Kosten für den Bau oder Erwerb von selbstgenutzten Wohnimmobilien in den letzten Jahren gestiegen sind. Vor allem die Erwerbnebenkosten, die meistens nicht mitfinanziert werden und durch Eigenkapital vorgehalten werden müssen, stellen eine erhebliche Hürde da. So stieg beispielsweise die Grunderwerbsteuer von ehemals 3,5 Prozent auf mittlerweile bis zu 6,5 Prozent in manchen Bundesländern an. Wir fordern daher eine Trendwende hin zu einer Eigentümernation in Deutschland. Hierzu ist es dringend erforderlich, die Erhöhung der Wohneigentumsquote als politisches Ziel vorzugeben und Maßnahmen zu ergreifen, die helfen, dieses Ziel zu erreichen.

Um den teilweise unterschiedlichen Immobilienmärkten in den einzelnen Bundesländern Rechnung tragen zu können, soll den Bundesländern die Möglichkeit eingeräumt werden, einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für den Erwerb von selbstgenutzten Ein- bzw. Zweifamilienhäusern, Eigentumswohnungen oder den Erwerb unbebauter Grundstücke zur Bebauung mit den genannten Gebäudearten einzuführen. Die Einräumung des Freibetrages bei der Grunderwerbsteuer soll in jedem Bundesland individuell bis zu einem Höchstwert von 500.000 EUR pro Person möglich sein.

### **Antrag zum Fachkräftemangel in Handwerk und Mittelstand durch mehr Aufstiegsfortbildung entgegenwirken - Individuelle Förderung für berufliche Fort- und Weiterbildung finanziell stärken und ausbauen**

In Europa und in Deutschland besteht gerade im Bereich des Handwerks und des Mittelstandes ein enormer Fachkräftemangel. Dieser Fachkräftemangel hemmt das europäische sowie das deutsche Wirtschaftswachstum massiv und kann im globalen Wettbewerb einen entscheidenden Nachteil darstellen. Darüber hinaus ist in der Entwicklung der Berufsausbildung in den letzten Jahren ein Trend hin zur Akademisierung zu erkennen. Um dem Fachkräftemangel in Zeiten veränderten Berufswahlverhaltens und des demografischen Wandels zu begegnen, gilt es, neben Maßnahmen und Instrumenten wie flexiblen Arbeitszeitmodellen, besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf, einem Einwanderungsgesetz für Fachkräfte und weiteren Reformen bei Bildung und Qualifizierung gerade auch die Fort- und Weiterbildung zu stärken und auszubauen, indem ihre Attraktivität erhöht wird. Wir fordern deshalb:

1. in Abstimmung mit den Bundesländern einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den deutlichen Ausbau der Zuschussförderung von Lehr- und Prüfungsgebühren in der Aufstiegsförderung regelt,
2. nach vorangegangener Überprüfung eine Aktualisierung der förderfähigen Gewerke und Berufe, Schularten und Lehrgangsformen vorzunehmen,
3. eine Vereinfachung des Beantragungsprozesses für Empfänger des „Aufstiegs-BAföG“ zu initiieren.

### **Antrag zu Wäldern schützen - Rodungen für die Windkraft stoppen**

Nach Schätzungen des Bundesamtes für Naturschutz wird für den Bau einer Windenergieanlage (WEA) eine Freifläche von bis zu 1 ha benötigt. Für die notwendige Infrastruktur wie Zufahrtswege, die Verlegung von Erdkabeln oder die Errichtung von oberirdischen Stromleitungen werden breite Straßen in den Wald gelegt, die Schwerlastfahrzeugen ganzjährig den Zugang ermöglichen. Gleichzeitig müssen die Fundamente der bis zu 200 Meter hohen WEA sicher vor Wasserdruck aus Grund- und Niederschlagswasser geschützt werden. Die Versiegelung dieser Bodenflächen beeinträchtigt die Wasserversorgung der umliegenden unbebauten Gebiete, wasserführende Schichten werden zerstört und büßen ihre Drainagewirkung ein. Wälder als Lebensraum sind in unserer dicht besiedelten Kulturlandschaft nicht zu ersetzen. Diese gilt es zu schützen und zu erhalten. Der Ausbau der Windenergie darf nicht auf Kosten des Natur- und Artenschutzes gehen – durch die Windkraft genutzte Bodenflächen im Wald sind für die Natur unwiederbringlich verloren.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der

1. Waldflächen, Nationalparke, Naturschutzgebiete und Biosphärenreservate als Standort von Windenergieanlagen dauerhaft und für künftige Vorhaben ausnahmslos ausschließt und
2. Abstandsgrenzen zu Brutstätten und Nahrungshabitaten gefährdeter Vogelarten verbindlich nach den Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzarten (Helgoländer Papier) regelt.

Mehr unter:

<https://www.fdpbt.de/fraktion/initiativen>

## 50 Jahre in der FDP: Dr. Rupprecht Maushart

Interview mit dem Freien Demokraten seit 1968



**Sie sind 1968 in die FDP eingetreten. Was war Ihre ganz persönliche Motivation, das zu tun, gab es einen besonderen Anlass?**

Am Ende des 2. Weltkriegs, 1945, war ich 16 Jahre alt, hatte also die NS-Diktatur noch bewusst miterlebt. Schon damals war mir, wenn auch auf eine noch recht unbestimmte Weise, klar, dass „so etwas“ sich auf keinen Fall wiederholen durfte, und dass man sich deshalb politisch betätigen müsse. Als ich dann in späteren Jahren die neuentstandenen Parteien und ihre Programme anschaute, gab es eigentlich gar keine Zweifel, nur die FDP kam für mich in Frage: Selbstbestimmung und Selbstverantwortung als Grundlage jeder Politik. Doch dann kam eine Zeit des Studiums und der Ausbildung, zum Teil in Amerika, der Berufswahl und der Familiengründung, in der der Gedanke an eine politische Betätigung in den Hintergrund rückte. Wie es dann 1968 zusammen mit meiner Frau Bärlbl zum Eintritt in die FDP kam, hat sie in ihrem Interview beschrieben.

**Sie haben über 50 Jahre FDP erlebt, dabei Höhen und Tiefen mitbekommen. Erinnern Sie sich noch an ein oder zwei ganz besondere Momente, die Sie als Mitglied der FDP erlebt haben?**

Ein absoluter Tiefpunkt war natürlich das Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag im Jahre 2013. Höhepunkte sind für mich jedes Jahr die Dreikönigstreffen am 6. Januar in Stuttgart.

**Wie hat sich die FDP Ihrer Meinung nach in den letzten 50 Jahren verändert?**

In den 50 Jahren war ein ständiges Hin und Her. Aber in den letzten 2 Jahren ist die FDP – sehr zu ihrem Vorteil – sehr viel selbstbewusster und damit eigenständiger geworden

**Was wünschen Sie sich für die nächsten 50 Jahre von den Freien Demokraten?**

Konsequent auf dem jetzt eingeschlagenen Wege weiterarbeiten.

**Was raten Sie den jungen Leuten von heute? Lohnt sich politisches Engagement?**

Wie sagte schon Theodor Heuss? „Demokratie lebt vom Mitmachen“. Wir brauchen gerade junge Leute aktiv in der Politik. Und ich bin sicher, dass sich deren politisches Engagement besonders in der FDP lohnt.

## Facebook, Twitter, Instagram

# Die FDP Baden-Württemberg in den Sozialen Netzwerken

Neun von zehn Deutschen nutzen Umfragen zufolge das Internet. Insbesondere Soziale Medien wie die Netzwerke Facebook, Instagram und Twitter spielen eine bedeutende Rolle im Leben vieler Menschen und stellen mittlerweile eine zentrale Informationsquelle neben den klassischen Medien dar. Den Ergebnissen der Onlinestudie von ARD und ZDF zufolge nutzen beispielsweise 33% der Deutschen regelmäßig Facebook. Das entspricht einer Nutzerzahl von 27 Millionen Personen! Angesichts dieser Publikumsgröße können es sich politische Akteure kaum noch erlauben, die Sozialen Netzwerke zu vernachlässigen und gerade für Parteien ergeben sich vielfältige Möglichkeiten, die Sozialen Medien für ihre Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Deshalb ist natürlich auch die FDP Baden-Württemberg in den Sozialen Medien unterwegs. Im folgenden Beitrag möchten wir Ihnen unsere Aktivitäten in den verschiedenen Netzwerken zeigen und diese Netzwerke mit ihren jeweils eigenen Möglichkeiten und Anforderungen vorstellen.

## Facebook

Je weniger Stickoxid in der Luft, desto besser.  
Grüne Hysterie aufgrund willkürlich festgelegter  
Grenzwerte ist jedoch völlig verfehlt.

eine Zigarette:	>200.000 µg NOx/m <sup>3</sup>
Adventskranz anzünden:	200.000 µg NOx/m <sup>3</sup>
Arbeitsplatzgrenzwert (CH):	6.000 µg NOx/m <sup>3</sup>
Arbeitsplatzgrenzwert (D):	950 µg NOx/m <sup>3</sup>
Fahrverbote und kalte Enteignung hunderttausender Dieselfahrer:	40 µg NOx/m <sup>3</sup>

Quelle: SWR

Facebook ist das meistgenutzte Soziale Netzwerk in Deutschland und weltweit. Es bietet die Möglichkeit, verschiedene Inhalte wie Fotos, Videos, Texte oder Links mit den Abonnenten einer Seite zu teilen. Die FDP Baden-Württemberg nutzt Facebook in erster Linie, um ihre politischen Inhalte zu kommunizieren: Wir posten Mitschnitte von Plenarreden, Zitate aus Interviews und Pressemitteilungen unserer Abgeordneten oder anlassbezogenen grundsätzlichen programmatischen Positionen. Außerdem verbreiten wir über Facebook interessante Zahlen, Statistiken oder Umfrageergeb-



nisse, die sich mit inhaltlichen Forderungen der FDP verbinden lassen. Besonderer Beliebtheit erfreut sich auch unsere Reihe „Zitate der Freiheit“, im Rahmen derer wir z.B. anlässlich wichtiger Jahrestage Zitate liberaler Persönlichkeiten veröffentlichen.

Die Zahl der Abonnenten der Facebook-Seite der FDP Baden-Württemberg ist in den vergangenen Jahren beständig gewachsen und wächst weiter. Wir haben inzwischen mehr Abonnenten als die Seite der Grünen und liefern uns ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der CDU. Das für uns auf Facebook potenziell erreichbare Publikum beschränkt sich jedoch nicht auf den Personenkreis unserer Abonnenten, denn Nutzer haben wiederum die Möglichkeit, unsere Inhalte mit den Abonnenten ihrer eigenen Seiten oder Profile zu teilen und somit weiterzubreiten. Auf diese Weise haben allein in den vergangenen Wochen mehrere unserer Beiträge zum Teil hohe fünfstelligen Personenzahlen erreicht und unsere erfolgreichsten Beiträge aus dem Bundestagswahlkampf 2017 konnten sogar mehrere hunderttausend Personen erreichen. Soziale Netzwerke wie Facebook leben aber auch von der Interaktion der Nutzer untereinander. Unsere Beiträge werden von den Nutzern kommentiert, sowohl kritisch als auch positiv, und wir bekommen über Facebook Nachrichten mit inhaltlichen Fragen, Kritik oder Anregungen, die

es uns ermöglichen, auch im direkten Kontakt mit Nutzern zu kommunizieren und zu argumentieren.

## Instagram



Instagram ist eine Plattform, die speziell für das Teilen von Fotos und kurzen Videoclips konzipiert ist. Zwar wird Instagram nur von 9% der Deutschen regelmäßig genutzt, doch die Nutzerzahlen variieren stark nach Altersgruppen. Beispielsweise nutzen mehr als die Hälfte der 14 bis 19-Jährigen Instagram regelmäßig und in der weiter gefassten Altersgruppe der 14 bis 29-Jährigen sind es immerhin noch 36%. Über Instagram kann also in erster Linie die junge Zielgruppe erreicht werden. Daneben bietet sich Instagram aber auch für eine vergleichsweise ungezwungene Kommunikation mit den Nutzern an, da es aufgrund seines überwiegend visuellen Charakters das „unpolitischste“ der hier aufgeführten Sozialen Netzwerke ist. Die FDP Baden-Württemberg postet deshalb auch nicht die gleichen Beiträge auf Instagram und Facebook, sondern produziert eigene, den spezifischen Eigenschaften Instagrams gerecht werdende Inhalte. Bei diesen Inhalten handelt es sich z. B. um Fotos von Veranstaltungen und Terminen der FDP Baden-Württemberg oder um Bilder, die einen Blick hinter die Kulissen der Arbeit in der Landesgeschäftsstelle ermöglichen. An Donnerstagen posten wir außerdem im Rahmen des auf Instagram beliebten „Throwback Thursday“ Motive, die einen historischen Bezug zur FDP haben wie etwa alte Wahlplakate oder Fundstücke aus dem Archiv der Landesgeschäftsstelle. Die FDP Ba-

den-Württemberg ist seit August 2017 auf Instagram vertreten und im August dieses Jahres haben wir die 1.000-Abonnennten-Marke erreicht. Inzwischen folgen uns bereits über 1.200 Nutzer auf Instagram, womit es das Soziale Netzwerk ist, auf dem die FDP BW am schnellsten wächst.

## Twitter



Auf dem Kurznachrichtendienst Twitter können maximal 280 Zeichen lange Mitteilungen, sogenannte „Tweets“ veröffentlicht werden oder die Mitteilungen anderer Nutzer geteilt werden („retweeten“). Die FDP Baden-Württemberg ist bereits seit Februar 2009 auf Twitter aktiv, hat z.Zt. 5600 Follower und hat seitdem über 9.000 Tweets veröffentlicht. Wenngleich die Zahl der aktiven Twitter-Nutzer mit 3% in Deutschland vergleichsweise überschaubar ist, so ist doch die Zahl der Personen, die über Twitter-Nachrichten erreicht werden können, ungleich höher. Denn Twitter wird insbesondere von Journalisten, Bloggern und anderen Personen genutzt, die selbst über eine hohe mediale Reichweite verfügen. Wir nutzen Twitter deshalb in erster Linie, um aktuelle Ereignisse und politische Stellungnahmen anderer Parteien zu kommentieren, live von unseren Veranstaltungen zu berichten und unsere Beschlüsse, Positionierungen und Statements führender Parteivertreter zu kommunizieren. Außerdem retweeten wir Nachrichten und Informationen, die für unsere Abonnenten relevant sind wie etwa Tweets der Bundespartei oder Medienberichterstattung über die FDP Baden-Württemberg.

Haben Sie Lust bekommen, sich unsere Social-Media-Profile anzuschauen und uns dort mit Likes, Kommentaren und Beitragsteilungen zu unterstützen? Dann finden Sie hier die Links zu den Profilen des Landesverbands und der Landtagsfraktion. Wir freuen uns auf Sie!

facebook.com/fdpbw  
 instagram.com/fdp\_bw  
 twitter.com/FDPBW  
 facebook.com/fdpdvpfraktion  
 instagram.com/fdpdvp\_bw  
 twitter.com/fdpdvpfraktion

# Jung in kommunaler Verantwortung – ein Bericht

Von Dennis Birnstock



Dennis Birnstock ist 27 Jahre alt, wohnt in Filderstadt und ist dort seit 2014 für die Freien Demokraten im Gemeinderat.

Mein **Engagement** begann bereits während der Schulzeit, wo ich in der SMV, als Schülersprecher und im Jugendgemeinderat aktiv war. Bereits 2009 kandidierte ich auf der Liste der Freien Demokraten, damals allerdings eher um die Partei und die damaligen FDP-Stadträte zu unterstützen. Richtige Ambitionen in den **Gemeinderat** zu kommen hatte ich damals noch nicht. Ich hatte gewisse Bedenken, ob ich als junger Mensch, bei dem sich noch viel ändert und es nicht sicher war, ob ich in Filderstadt wohnen bleibe, ein solches Mandat, das man für 5 Jahre erhält, erfüllen kann.

Zur **Kommunalwahl 2014**, als die Freien Demokraten bundesweit in den Umfragen sehr schlecht dastanden, war es mir aber besonders wichtig, auf kommunaler Ebene zu zeigen, dass es die FDP noch gibt. Zudem hatte ich inzwischen erkannt, dass man sich – egal in welchem Alter – nie sicher sein kann, dass sich in den nächsten 5 Jahren nichts ändert.

Ich hatte außerdem wirklich Lust meine Heimatstadt

zu **gestalten** und war der Meinung, dass auch die junge Generation im Gemeinderat vertreten sein sollte. Daher kandidierte ich und durfte sogar **Listenplatz 1** belegen. Wir errangen zwei Mandate, wovon ich eines erhielt. Um Erfahrung zu sammeln und mehr Gewicht im Gemeinderat zu haben, schlossen wir uns mit der CDU zu einer **Fraktionsgemeinschaft** zusammen. Seitdem erhielt ich viele Einblicke in die städtische Verwaltung und konnte zu den verschiedensten Themen wie einem Kleinspielfeld für Jugendliche, der Entwicklung eines Schulcampus oder den Haushaltsplanberatungen meine Meinung und Ideen einbringen, was unglaublich Spaß macht und wobei man sehr viel lernen kann.

Ein wichtiges Thema ist mir die **Digitalisierung**, weshalb ich regelmäßig Anträge zu dieser Thematik einbringe. Erfolgreich war dabei beispielsweise die Ratsarbeit zu digitalisieren – momentan sind wir in der Pilotphase der Benutzung von Tablet-PCs für die Gemeinderatsarbeit.

Zur kommenden **Kommunalwahl, im Mai 2019**, werde ich wieder kandidieren. An den Beweggründen hat sich nicht viel geändert, sie haben sich weiter gefestigt – insbesondere, dass mehr junge Menschen in die Gemeinderäte unseres Landes müssen. Dieses Mal werde ich allerdings mit mehr Erfahrung, einer realistischeren Einschätzung, was im Gemeinderat möglich ist, antreten und hoffe, dass wir mindestens wieder drei Mandate erringen werden.

---

## Impressum

Herausgeber: FDP Landesverband  
Baden-Württemberg  
Verantwortlich: Marius Livschütz, Pressesprecher  
Anschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart  
Telefon: (0711) 666 18-0  
Email: [fdp-bw@fdp.de](mailto:fdp-bw@fdp.de)  
[www.fdp-bw.de](http://www.fdp-bw.de)  
Verlag: BC DirectGroup GmbH, Berlin  
Gestaltung: Markus Lochmann, FDP-BW  
Fotos: FDP-BW, Abgeordnete, Titel: Stephanie Trenz

Von Michael Link MdB und Sylvain Waserman, stv. Parlamentspräsident in Frankreich

## Im Duo für Europa – neue deutsch-französische Impulse für die EU

In diesen Tagen gedenken wir des Waffenstillstands von 1918 und der Opfer des Ersten Weltkriegs. Dieses Gedenken verpflichtet. Es nimmt uns in die **Verantwortung**, gegen die neu erwachten Gespenster auf dem europäischen Kontinent aufzustehen, die schon 1914 Katalysatoren der Katastrophe waren: aggressiver Nationalismus, rhetorische Entthemung, politischer Fatalismus.

Diesen Gefahren bieten wir die Stirn, denn unsere gemeinsame Geschichte lehrt uns: Frieden, Wohlstand und Fortschritt blühen nur dort, wo der Einzelne in **Würde und Freiheit** leben kann. Für diese Werte gibt es keinen besseren Garanten als die Europäische Union. Und ein Grundstein für das Haus Europa ist und bleibt die **deutsch-französische Zusammenarbeit**. Die Verhandlungen für einen neuen Elysée-Vertrag und die Arbeit an einem Abkommen zwischen unseren Parlamenten zeugen von der Dynamik der deutsch-französischen Partnerschaft. Dieses Momentum müssen wir nutzen, um unsere Zusammenarbeit zukunftsfest zu machen und ihr - ohne andere belehren zu wollen - Vorbildcharakter geben, als einem Modell europäischer Möglichkeiten.

Dafür müssen wir dort ansetzen, wo die deutsch-französische Zusammenarbeit täglich gelebt wird: entlang der Grenze. Dort könnte Europas stärkster **Wirtschaftsraum** liegen, wenn man ihn nur endlich sein Potential entfesseln ließe. Schlagbäume gibt es dort zwar längst nicht mehr, doch die Grenze behindert weiterhin massiv das Zusammenleben unserer Bürgerinnen und Bürger.

Ein Dickicht von Verordnungen verhindert grenzüberschreitende Lebensmodelle: beim Gang zur Arbeit oder zur Ausbildung, bei Existenzgründungen, im Verkehrsbereich, bei der Gefahrenabwehr oder bei der Wahl des Krankenhauses. Deshalb schlagen wir vor, die **Eurodistrikte** so zu **stärken**, dass sie wirklich handlungsfähig werden. So würden aus begrenzten Randregionen pulsierende Räume, mitten in Europa. Doch uns eint noch mehr als der Wille zur Überwindung der Grenzen. Es sind die grenz-



übergreifenden Bande zwischen unseren Gesellschaften, die das Rückgrat unserer Partnerschaft bilden. Besondere Anerkennung verdienen all jene, die sich ehrenamtlich für die deutsch-französische Freundschaft engagieren, unter anderem dank des deutsch-französischen Jugendwerks. Seit Jahrzehnten ermöglichen **Städtepartnerschaften** das gegenseitige Kennenlernen. Diese Partnerschaften dürfen nicht mit ihren Gründergenerationen aussterben! Wir wollen uns dafür einsetzen, dass auch in Zukunft möglichst viele Menschen an diesem Austausch teilhaben können – egal ob jung oder alt, egal ob auf dem Lande oder in der Stadt.

Auch auf nationaler Ebene können und wollen wir noch enger zusammenarbeiten. In der Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik gehen wir immer noch zu oft nur nebeneinander, aber nicht miteinander! In seiner Sorbonne-Rede hat Präsident Macron „**ein Europa, das schützt**“ gefordert.

Diesen Ruf wollen wir aufgreifen. Deutschland und Frankreich sollten einen Prozess starten, in dem wir gemeinsam an den „drei D's“ arbeiten – **Diplomatie**, **Défense** (Verteidigung) und **Développement** (Entwicklung). Das könnte neue, gemeinsame Wege für uns und für die EU aufzeigen: wie wir multilaterale Institutionen stärken, wie wir die deutsch-französische Brigade bereit für gemeinsame Einsätze machen, wie wir bei der Beschaffung militärischer Ausrüstung zusammenarbeiten, wie wir gemeinsam Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge besser verteilen und die EU-Außengrenzen besser schützen.

Die leidvolle gemeinsame Geschichte lehrt uns den entschiedenen Einsatz für ein geeintes Europa. In der Europäischen Union wollen wir, dass sich alle Mitgliedsländer auf Augenhöhe treffen. Wir wollen eine Union, in der Länder nicht übervorteilt oder ins Abseits gedrängt werden. In der aber auch die vorangehen können, die heute schon mehr gemeinsam schaffen wollen.

Eine Union, in der wir die europäische Einigung resilient und dauerhaft machen. Eine Union, die immer besser zusammenwächst, aber nicht unkontrolliert und zentralistisch, sondern demokratisch legitimiert durch ein starkes europäisches **Parlament** und den **Ministerrat** als die Stimme der gewählten Regierungen.

Eine Union, fokussiert auf die Bereiche, in denen gemeinschaftliches Handeln und Konvergenz mehr erreichen, als nationales Handeln, also vor allem in der Wirtschafts- und Währungsunion, bei einer echten gemeinsamen **Außenpolitik**, bei **Sicherheit** und **Migration**, beim **Klimaschutz** und der **Energieunion**, bei **digitaler** und **Verkehrsinfrastruktur** und bei anderen zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Die jüngsten Erfahrungen in der EU zeigen uns, dass auch die vermeintlich Stärksten nicht vorankommen, wenn andere Länder auf Dauer hinterherhinken. Stärkung der **Wettbewerbsfähigkeit**, Eigenverantwortung und Solidarität sind daher wichtige europäische Maximen, genauso wie die stets aktuelle Frage nach der besten Kompetenzausübung im Rahmen der **Subsidiarität**. Im EU-Vertrag sind diese Maximen formuliert. Wenn wir sie mit Leben füllen wollen, braucht es mehr deutsch-französische Kooperation. Genauso wie beim Zustand der **Menschenrechte** und der **Demokratie** in den

Staaten der EU. Viktor Orban und andere wollen die EU auf einen wirtschaftlichen Torso reduzieren. Es ist höchste Zeit für eine EU, in der Rechtsstaatlichkeit und **Grundrechtsschutz** durchgesetzt werden können. So machen wir die EU krisenfest und bauen eine Union, deren Grundwerte weder von innen noch von außen ausgehöhlt werden können.

Viele Meilensteile haben wir Deutsche und Franzosen schon zusammen erreicht, viele Gräben überwunden. Aus der Geschichte lernen, heißt für uns, die deutsch-französische Freundschaft niemals als selbstverständlich hinzunehmen. Deshalb wollen wir unsere unserer Partnerschaft auf allen Ebenen weiterentwickeln. Gleichzeitig ist unsere Freundschaft nicht nach innen, sondern nach außen gerichtet. Sie darf nie exklusiv sein sondern muss inklusiven Charakter haben. Daher wollen wir gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedern unser Engagement im **Mittelmeerraum** stärken, durch intensive Partnerschaften mit den südlichen Anrainern. Gleichzeitig wollen wir die Beziehungen mit unseren östlichen Partnern und Nachbarn ausbauen. Gemeinsame Formate mit anderen Mitgliedstaaten, wie zum Beispiel das **Weimarer Dreieck** mit Polen, sind dabei ein wegweisender Ansatz.

100 Jahre Ende Erster Weltkrieg - was würden uns die in Verdun oder am Hartmannsweiler Kopf Gefallenen zurufen? **In Zukunft nur noch gemeinsam!** Deshalb stärkt jeder Blick zurück unsere Entschlossenheit, nicht in die Falle nationaler Stereotypen zurückzukehren.

Franzosen und Deutsche haben viele Anläufe gebraucht, sich politisch so nahe zu kommen, wie sie es menschlich seit langem sind. Dass wir dabei oft so unterschiedlich „ticken“, erhöht den Reiz. Und unsere Sprachen unterstreichen das noch: Frankreich spricht charmant vom „**couple franco-allemand**“, vom „deutsch-französischen Paar“. Deutschland spricht, ganz automobil, vom „**deutsch-französischen Motor**“.

Ob Paar oder Motor: Entscheidend ist, dass wir im Duo handeln. Wäre das nicht die beste Reaktion auf die politischen Extreme von rechts wie von links, die die europäische Einigung bedrohen? Und die die Vergangenheit einfach nicht loslassen wollen?

Wäre das nicht die schönste Antwort auf die Frage, ob wir aus der Geschichte gelernt haben?

# Was wir jetzt bieten müssen

Von Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Vorsitzender der FDP/DVP Landtagsfraktion

Die augenblickliche politische Lage scheint unübersichtlich. Der Umgangston wird radikaler, Parteien, die geschickt mit Stimmungen und Gefühlen agieren, bekommen Zulauf. Viele Anhänger der liberalen und vernünftigen Idee verzweifeln fast an politischen Umständen, in denen für sachliche Argumente kein Platz mehr ist. Bei näherer Betrachtung und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger wird aber deutlich, dass hinter dieser vordergründig unklaren Lage sehr klare Tatsachen stehen.

So sehr wir momentan in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten leben, in denen die Auftragsbücher voll, die Arbeitslosenzahlen niedrig sind und die Steuereinnahmen für den Staat von Rekord zu Rekord steigen, so sehr beschleicht viele Menschen in unserem Land das Unbehagen, dass dies nicht ewig so weitergeht. Kurz gesagt: Wir sind schlecht vorbereitet für schlechtere Zeiten. Bei näherer Betrachtung entdecken wir die Schwachstellen: Eine Infrastruktur, bei der das Verkehrsnetz und das digitale Netz an vielen Stellen unzureichend oder nicht vorhanden ist. Eine Polizeistruktur, die mehr verhindert als ermöglicht. Ein Bildungssystem, bei dem die viele Jahrzehnte bekannte Qualität aus Baden-Württemberg im freien Fall ist. Ein Landeshaushalt, der sich so weit als möglich gegen Schuldentilgung sperrt. Eine Landesregierung, die sich angesichts eines eklatanten Handlungsbedarfs bei der Frage des ausreichenden Wohnraums in jahrelangen ideologischen Debatten um überdachte Fahrradständer und Dachbegrünungen verstrickt. Diese Mängel bereiten den Grundton einer Unsicherheit, dem viele Menschen



Foto: FDP/DVP Fraktion

gerne mit einfachen Lösungen folgen wollen, so abwegig diese auch sind.

In Baden-Württemberg ist die bundesweit einzige FDP-Fraktion seit Bestehen der Republik, die immer im Parlament vertreten war. Diese Kontinuität ist

kein Selbstzweck, sondern ermöglicht es, die aufgebaute und ungebrochene Erfahrung zu nutzen. Sacharbeit mag zäh und mühsam erscheinen, ohne Substanz dahinter ist jedoch der flotteste Spruch nichts wert.

Die grün-schwarze Koalition in Baden-Württemberg ist an der Halbzeit ihrer Legislaturperiode angelangt. Wir haben die Gelegenheit genutzt, um unsere Kritik an der Vielzahl falscher Entscheidungen und Prioritäten

klar zu formulieren. 58 Punkte haben wir konkret benannt, die Liste ist nicht komplett und wird angesichts der Mischung aus Unfähigkeit und Blockade der Landesregierung sicher immer weiter verlängert. Bei Interesse senden wir Ihnen die Aufzählung als Broschüre gerne zu oder sie rufen sie auf der Fraktions-Homepage auf. Kritik ist jedoch nur die Hälfte. Konkrete und fundierte Vorschläge bieten wir zu allen wichtigen Kernfragen, angefangen bei Infrastruktur und Digitalisierung, über Ländlichen Raum, Krankenhäuser, Innere Sicherheit und Polizei, Wirtschaft und Wohnungsbau, Bildung und Hochschule bis hin zur Haushaltspolitik. Das sind Antworten, die wir bieten und mit denen wir der Unsicherheit entgegentreten.

Ihr *Hans-Ulrich Rülke*

Hans-Ulrich Rülke

# Bildungsföderalismus erhalten UND finanziellen



Foto: iStock.com/monkeybusinessimages

## Stephen Brauer neuer Abgeordneter im Landtag

Eine starke Stimme für den Ländlichen Raum



Foto: FDP/DVP Fraktion

Der erste Sitzungstag des Landtags nach der Sommerpause war auch die erste Plenarsitzung für **Stephen Brauer**, Abgeordneter des Wahlkreises Schwäbisch Hall. Brauer wurde von der Landtagspräsidentin Muhterem Aras zu Beginn der Sitzung im Plenum begrüßt.

„Ich bin gespannt auf die neuen Aufgaben. Für mich beginnt ein neuer Lebensabschnitt“ so Brauer und kündigte an, dass er dem **Ländlichen Raum** insgesamt und dem Wahlkreis Schwäbisch Hall im Besonderen eine starke Stimme im Landtag geben wolle.

Der Vorsitzende der FDP/DVP Fraktion, **Dr. Hans-Ulrich Rülke**, heißt seinen neuen Kollegen in den Reihen der liberalen Abgeordneten willkommen: „Mit Stephen Brauer setzen wir die erfolgreiche Politik unserer Fraktion fort. Wir werden mit ihm weiter eine Politik machen, die konstruktiv bei den Vorschlägen, kritisch gegenüber der grün-schwarzen Regierung und kompetent bei den Sachfragen ist.“

Der studierte Wirtschaftspädagoge ist als Oberstudienrat am Wirtschaftsgymnasium Crailsheim tätig; sein Dienstverhältnis ruht während der Zeit seines Mandates. Er rückt für **Dr. Friedrich Bullinger** nach, der Ende Juli sein Mandat an seinen Zweitkandidaten übergab. Der begeisterte Hobbyfußballer und verheiratete Vater eines Sohnes wohnt in Crailsheim. Im Landtag vertritt er die FDP/DVP Fraktion im Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie im Petitionsausschuss.

## Kraftakt gemeinsam schultern

In der Frage, ob der Bund bei der Bildung mitfinanzieren darf, fährt die grün-schwarze Landesregierung einen harten Kurs. Ministerpräsident Winfried Kretschmann und sein Stellvertreter Thomas Strobl lehnen eine Grundgesetzänderung im Bereich des sogenannten Kooperationsverbots ab, das eine Mitfinanzierung des Bundes in Bildungsangelegenheiten weitgehend ausschließt und die Zuständigkeit hierfür den Ländern zuweist. Doch dienen die beiden Spitzen der schwarz-grünen Koalition mit ihrer Haltung den Interessen unseres Landes? Nach eingehender Diskussion sind wir in der FDP/DVP-Landtagsfraktion zur Auffassung gelangt, **dass eine Verweigerungshaltung in dieser Frage nicht weiterführt**. Denn wenn der Bund die Länder beispielsweise bei der Modernisierung

der Schulinfrastruktur unterstützen möchte, sollte man Möglichkeiten dafür suchen und keine vorab ausschließen. Natürlich gilt es auch erst einmal zu prüfen, ob das Grundgesetz dazu überhaupt geändert werden muss. Jedenfalls erfordern die **Sanierung** und die **Digitalisierung** unserer Schulen einen erheblichen finanziellen Kraftakt. Unabhängig davon steht die FDP/DVP Fraktion nach wie vor zum Bildungsföderalismus. Wir Freie Demokraten treten dafür ein, **bundesweite Ziele und Standards** im Bildungsbereich zu vereinbaren. Wie diese Ziele und Standards erreicht werden, muss aber jedem Bundesland überlassen bleiben. In diesem Wettbewerb um das beste Konzept sehen wir einen entscheidenden Beitrag zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen.

## Diesel-Verbotshysterie und kein Ende

Trotz des Diesel-Pakets der Bundesregierung mit dem sperrigen Titel „Konzept für saubere Luft und die Sicherung der individuellen Mobilität in unseren Städten“ beharrt unser grüner Verkehrsminister auf seinen Fahrverbotsplänen ab Januar 2019. Für unseren verkehrspolitischen Sprecher **Jochen Haubmann** ist das ein Unding. Er teilt die Meinung des Handwerks, dass jetzt zunächst die Wirkungen der Umtauschprämien und die Nachrüstungen abgewartet werden sollten, bevor die Verbotskeule tatsächlich zum Einsatz kommt. Er meint, die Fortschreibung des Luftreinhalteplans – Teilplan Landeshauptstadt Stuttgart, müsste überarbeitet werden. Es verfestigt sich der Eindruck, dass die Grünen **Fahrverbote** mit allen Mitteln herbeiführen wollen. An keiner Stelle ist zu erkennen, dass auch bei den anderen Emittenten angesetzt werden soll. Wir setzen seit jeher auf eine rasche **Flottenerneuerung** und intelligente Maßnahmen zur **Digitalisierung** und **Vernetzung** des Verkehrs, wie wir das in unserem Positionspapier „**Handlungsleitfaden Mobilität der Zukunft**“ zum Ausdruck gebracht haben ([www.fdp-dvp-fraktion.de](http://www.fdp-dvp-fraktion.de)). Mit der Fahrverbotsthematik, den Grenzwerten und den Messverfahren hat sich auch die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden eingehend beschäftigt und ein aussagekräftiges Positionspapier erarbeitet



Foto: iStock.com/Arthit O

(<https://fdp-dvp-fraktion.de/pressemitteilungen/fdp-stellt-grenzwerte-und-messverfahren-bei-diesel-fahrverboten-in-frage/>) Wir bleiben dabei: Die ab Januar vorgesehenen flächendeckenden Fahrverbote im gesamten Stadtgebiet von Stuttgart sind unverhältnismäßig.

# Flächendeckende digitale Versorgung: Fehlanzeige

FDP/DVP Landtagsfraktion fordert tragfähigen und unbürokratischen Digitalpakt



Foto: iStock.com/Graham Oliver

Ohne den **Breitbandausbau** sind die sog. „Leuchtturmmodelle“ der Digitalisierungsstrategie der grün-schwarzen Landesregierung reine Makulatur. Die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet ist das unverzichtbare Fundament der Digitalisierung.

Angesichts der Forderung der Europäischen Union nach **flächendeckendem 5G-Highspeed-Anschluss** ist das aber nicht die erhoffte Zukunftsorientierung eines Innenministers, sondern erforderlicher Standard. Wir Freie Demokraten fordern einen engagierteren Einsatz auf europäischer Ebene, die Aufschwungschwelle von 30 Mbit/s deutlich anzuheben. Eine Entschlackung und Entbürokratisierung von Förderanträgen, die medienbruchfrei online beantragt, bearbeitet und bewilligt werden können, ist dringend anzugehen. Wir möchten die hiesigen Unternehmen bei der Digitalisierung unterstützen und beispielsweise die digitale Einkaufsstadt fördern, bei der Umsetzung der DSGVO besonders die kleinen Unternehmen schützen oder mit Innovationsgutscheinen

die **digitale Gründerszene** stärken. Im Bildungsbereich wollen wir erreichen, dass in den nächsten fünf Jahren pro Schüler zusätzlich insgesamt **1.000 Euro** für Technik und Modernisierung der Schulen investiert werden. Dafür brauchen wir einen tragfähigen und unbürokratischen Digitalpakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Leider erfahren wir in Baden-Württemberg häufig noch ein „Behörden-Analogistan“, wie der Sprecher für Digitalisierung, **Dr. Timm Kern**, in einer Debatte anmahnte. Wir wollen eine serviceorientierte und kundenfreundliche Verwaltungsstruktur, die sich an den Lebenswelten der Bürgerinnen und Bürger orientiert und nicht mehr jeden Gang zum Amt zwingend notwendig macht.

Was wir in Baden-Württemberg für all diese Aufgaben dringend brauchen, ist ein eigenständiges **Digitalisierungsministerium**, wo kreative Köpfe, professionelle Digitalexperten und agile Managementmethoden zusammenkommen.

# Das „Handelsschweigen“ des Ministerpräsidenten

Kretschmann schweigt in den USA - mit möglichen gravierenden Folgen

Der Handelskrieg zwischen den USA und China eskaliert immer weiter und hat Volumina in die hunderte Milliarden Dollar an Strafzöllen erreicht. Diesbezügliche Drohungen des US-Präsidenten gegen Europa klingen vielen von uns noch in den Ohren. Sie sind indes nur vertagt; für Trump bleiben Strafzölle ein probates Mittel seiner Machtpolitik.

In Baden-Württemberg aber hängt jeder dritte Arbeitsplatz am Export und mit Abstand die meisten unserer Exporte gehen in die USA. Strafzölle durch die USA würden Baden-Württemberg daher besonders empfindlich treffen.

Die Folgen wären nicht nur im Hinblick auf Arbeitsplätze, sondern auch mit Blick auf die Steuereinnahmen und Finanzsituation dramatisch. Dem gegenüber steht die Wortlosigkeit, die der Ministerpräsident bei seiner Reise nach Nordamerika in Hinblick auf die Handelspolitik des Weißen Hauses an den Tag legte.

Winfried Kretschmann ließ sich bei seiner Reise von etwa hundert Wirtschaftsvertretern als Kämpfer gegen die Klimaerwärmung feiern, zur Handelspolitik schwieg er jedoch in den USA. Das Thema gefällt seiner Partei nicht, die Grünen mögen keinen Freihandel und schreiben dies auch stetig in ihre Wahlprogramme.

Umso wichtiger, dass das Thema im Landtag auf die Tagesordnung kommt.

Zum europäisch-kanadischen Freihandel hat der Sprecher für Mittelstand und Handwerk, Prof. Dr. Erik Schweickert, bereits erfolgreich eine Anhörung im Landtag initiiert.

So war er es auch, der in einer von der FDP/DVP beantragten Debatte zum „Handelsschweigen“ des Ministerpräsidenten vor dem Landtag nochmals deutlich die Wichtigkeit des Themas für Baden-Württemberg unterstrich.



Foto: FDP/DVP Fraktion

## Impressum

FDP/DVP Fraktion im Landtag  
Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 3  
70173 Stuttgart

Tel.: 0711 2063-918

Fax: 0711 2063-610

E-Mail: [post@fdp.landtag-bw.de](mailto:post@fdp.landtag-bw.de)

Web: [www.fdp-dvp.de](http://www.fdp-dvp.de)

Verantwortlich: Dr. Jan Havlik (Pressesprecher)

Fotos: FDP/DVP Fraktion, iStock.com, fotolia

# Gesundheit und Pflege

Gesundheit und Pflege sind wesentliche Faktoren, um das Leben vor Ort in den Gemeinden lebenswert zu gestalten. Eine angemessene Versorgungsstruktur in den Städten und Gemeinden ist unabdingbare Voraussetzungen um gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land sicherzustellen. An erster Stelle steht die ärztliche Versorgung. Hier erachten wir die Wiederherstellung der Attraktivität des Arztberufs als wesentliche Stellschraube. Mit dem Papier „Versorgungskonzept der Zukunft“ (<https://fdp-dvp-fraktion.de/pressemitteilungen/fdp-stellt-grenzwerte-und-messverfahren-bei-dieselfahrverboten-in-frage/>) wurden die wesentlichen Handlungsfelder identifiziert. Es müssen Angebotsformen entwickelt werden, die den Interessen der Ärztinnen und Ärzte gerecht werden. Dabei geht es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Entlastung von Bürokratie. Viele wollen heute nicht mehr in einer Einzelpraxis arbeiten und alle Last auf sich nehmen. Deshalb ist zu überlegen, wie die bisherigen Förderprogramme des Landes weiterentwickelt werden können, um Ärztehäuser zu entwickeln, die deshalb nicht gleich ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) sein müssen. Die Wege zur Anstellung sind zu vereinfachen und dabei ist die Option auf eine spätere Niederlassung in Freiberuflichkeit zu stärken. Auch bietet die Telemedizin große Chancen, um die Versorgung zu verbessern. Das betrifft insbesondere chronisch kranke Menschen oder auch einfachere Erkrankungen, bei denen man sich einen Rat einholen will.

Des Weiteren brauchen wir dringend eine Neuausrichtung der Krankenhausplanung und Investitionsförderung des Landes, wie wir es seit Jahren einfordern und in einem Positionspapier festgehalten haben (<https://fdp-dvp-fraktion.de/service-und-dienste/downloads/>). Es muss transparent klar werden, an welchen Standorten im Land es welche Angebote in

welcher Qualität geben soll und wie die konkreten Zuwendungen ausgestaltet sind. Das hat noch immer in gewisser Weise den Charakter einer Blackbox. Und wir wiederholen unsere Kritik aus den Haushaltsberatungen: Es war ein Unding, die Fördermittel um 30 Mio. Euro im Doppelhaushalt zu kürzen.

Im Bereich der Pflege wäre bei der Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Pflege in

Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“ deutlich mehr Dynamik gefordert. Hierfür sind lediglich 12 Mio. Euro pro Jahr vorgesehen. Wenn man sich die über 600 Handlungsempfehlungen vor Augen führt, dann reicht das bei Weitem nicht aus. Auch die Berichte der Landesregierung zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen sind schon eher defensiv. Beim Pflegebereich gibt es einen weiteren erheblichen Mangel. Die strikte Einzelzimmervorgabe für den Bestand an Pflegeheimen wird einige Anbieter aus dem Markt drängen.

Da es keine Landesförderung für neue Heimplätze mehr gibt, laufen wir immer mehr Gefahr, dass Pflegeplätze ein knappes und zu teures Gut werden. Leidtragende sind dann die Angehörigen, die für die Pflegekosten aufkommen müssen oder die kommunale Seite über die Sozialhilfe, die die Lücke zu schließen hat.

Im Bereich der ambulanten Wohnformen haben wir mit einem eigenen Gesetzentwurf zum Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz (WTPG) Vorschläge unterbreitet, wie bürokratische Hürden, wie z.B. im Bereich der Umsetzung dezentraler Wohngruppen, abgebaut werden könnten. Dieser wurde sowohl von der Liga der freien Wohlfahrtspflege als auch vom Bundesverband der privaten Anbieter begrüßt (Landtags-Drucksache 16/4078). Die Landesregierung wollte hiervon nichts wissen. So wird die Chance verpasst, einfacher zu mehr Angeboten zu kommen.



Foto: ©iStock.com/PeopleImages

## Thema Sicherheit vor Ort

Sicherheit wird vor Ort deutlich. Viele Menschen haben einen sehr guten Sinn dafür, dass ihre Lebensqualität etwas damit zu tun hat, dass der Staat seiner **Kernverantwortung** nachkommt, für eine gut ausgebildete, ausgestattete und präsenzte **Polizei** zu sorgen. Leider macht diese Landesregierung und ihr Innenminister Strobl diese Aufgabe den Polizeibeamtinnen und Beamten nicht gerade einfach. Eine vermurkste **Polizeireform** mit Strukturen, die eher dem Koalitionsfrieden als den täglichen Anforderungen geschuldet sind, angebliche zusätzliche Polizeistellen, die bis bis 2021 nicht der vom Innenminister behaupteten Zahl von 1.500, sondern nur 232 entsprechen und geringe Ausbildungskapazitäten sorgen für Frust und Überlastung vor Ort. Freiheit kann es nur mit staatlich garantierter Sicherheit geben – sei es beim Schutz vor **Einbrüchen** im Urlaub, bei **Großveranstaltungen** oder der Frage, wer die **Verkehrssicherheit** regelt. Interessant beim letzten Punkt ist eine Initiative, die die



Foto: Fotolia/Arno Bachert

FDP/DVP Fraktion auf den Weg gebracht hat. So ist die Überwachung des ruhenden Verkehrs Sache der Kommunen, aber sie kann sich dazu auch **privater Sicherheitsdienste** bedienen, wie das Verkehrsministerium auf Nachfrage bestätigt hat. Das hat sich leider noch nicht bis in die Ordnungsämter rumgesprochen. Auf Wunsch stellen wir die Unterlagen für eine kommunalpolitische Initiative gerne zur Verfügung.

## Wohnungsbau

### Das Versagen des Staates und der Landesregierung

Ein ausreichendes **Wohnraumangebot** ist derzeit landesweit ein Thema. Dies wird auch im bevorstehenden Kommunalwahlkampf vielerorts heftig diskutiert werden. Binsenweisheiten wie die des Ministerpräsidenten beim Grünen-Parteitag vor wenigen Wochen („Das Thema hat eine gewaltige soziale Sprengkraft in den Städten“) und der laute Ruf nach mehr Staat werden dem Thema jedoch in keiner Weise gerecht. Einen **Kehraus** ideologisch begründeter Vorschriften fordert die wohnbaupolitische Sprecherin der FDP/DVP Fraktion, **Gabriele Reich-Gutjahr**, von der Landesregierung. Gerade bei dieser drängenden Frage blockieren sich Grüne und die CDU schon seit 2016. Ein Entwurf aus dem Wirtschaftsministerium ließ lange auf sich warten Mit einer Umsetzung ist erst im 2. Quartal 2019 zu rechnen. Mit der Beseitigung der gängelnden Vorschriften zu Dachbegrünungen und überdachten Fahrradständern ist es jedoch nicht getan. Jetzt muss endlich für **Verfahrens-erleichterungen** gesorgt und staatliche Kostentreiber müssen reduziert werden, wie zum Beispiel die Beschleunigung von Baugenehmigungen. Um den



Foto: iStock.com/Rido

Bedarf von 520 000 Wohneinheiten bis 2025 Herr zu werden, ist eine Flächenmobilisierung nötig. Dazu müssen die Grünen ihren Grundsatz der Netto-Null beim Flächenverbrauch endlich aufgeben. Denn mit **Aufstockungen** und **Innenverdichtung** allein wird der Bedarf an Wohnungen nicht gedeckt werden können. Die Mär des Marktversagens wird erzählt, ist aber schlicht falsch. Bei Wohnraum ist deutlich, dass Flächenverknappung, Mietpreisbremsen und vielfältige staatliche Vorschriften und Eingriffe den **Markt** behindern. Die Folgen dieser Verknappung sind für viele schmerzhaft spürbar.

# thinkliberal.de

## Unser Angebot

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort. Dazu gehören etwa Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate. Unser Angebot umfasst außerdem Messe- und Kongressequipment sowie Drucksachen wie z.B. Tischaufsteller, Visitenkarten uvm. im aktuellen Design der Freien Demokraten.

Wir bieten Ihnen dabei die Möglichkeit bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Webseite!

Ihr Shop für FDP Werbemittel

BTW MARKETING Agentur für visuelle Kommunikation | Inhaber: Michael Szopieray | Burgstraße 27 | 59368 Werne  
Telefon: 02389 . 92 75 82 | Telefax: 0211 . 88 25 31 237 | info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de

